

Horn-Bad Meinberg, 03.02.2022

Haushaltsrede der CDU-Fraktion Horn-Bad Meinberg

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

bevor wir auf die Anträge der CDU-Fraktion Horn-Bad Meinberg zum Haushalt eingehen, möchten wir – nachdem zuletzt pandemiebedingt keine Haushaltsreden stattfinden konnten – das zurückliegende und aktuelle politische Stadtgeschehen einordnen und kommentieren.

Mit dem Jahr 2022 befinden wir uns an einem Zeitpunkt, der weit genug hinter den Wahlen liegt um zu zeigen, welche Akzente und Wegmarken Stadtspitze und Rat setzen, das Ende der Wahlperiode aber soweit entfernt ist, dass es so nicht in allen Bereichen bleiben muss und sollte.

Projektbezogen werden sich im Jahr 2022 diverse Entwicklungen anbahnen oder sogar vollziehen, die überaus positiv zu bewerten sind und die Vorboten des lang ersehnten Aufbruchs unserer Stadtentwicklung sind. Hierzu zählen für uns kleine und große Baumaßnahmen in der Horner Innenstadt, das Wachstum unseres Industriegebiets und die Neustrukturierung der Schullandschaft. Von ganz besonderer Bedeutung sind für uns Vorhaben, die der Mitte der Bürgerschaft erwachsen sind, wie etwa der Mehrgenerationenpark in Bad Meinberg, der Ku[ltu]rpark Holzhausen-Externsteine oder die Freizeitanlage Leopoldstal. Viele weitere ließen sich nennen.

Die Botschaft, die von diesen Maßnahmen ausgeht, ist: Es geht langsam voran!

Dennoch ist ebenso häufig die Feststellung zu treffen, dass die vielen guten Ideen aus der Bürgerschaft und von den Parteien zögerlich angegangen werden, eine pragmatische Umsetzung im Sinne der Sache hakt und die Umsetzung, wenn überhaupt, nur langsam erfolgt. Bei all den nachvollziehbaren Gründen darf es nicht zum Regelfall werden, dass Bürgerinnen und Bürger über Monate auf Antworten warten, Anträge und Anliegen ein halbes Jahr unbearbeitet bleiben bis sie im zuständigen Fachausschuss behandelt werden und wiederum Jahre bis zur Umsetzung von einfachen Beschlüssen vergehen.

Wir kritisieren darüber hinaus nachdrücklich, dass viele dieser Vorhaben und insbesondere solche, die sich noch nicht konkretisieren konnten, in dieser Wahlperiode von oftmals unsachlichen Widerständen und Umsetzungsschwierigkeiten begleitet werden oder sogar verhindert wurden.

Dem jetzt begonnenen Schulentwicklungsplanung ging ein monatelanger Eiertanz voraus, der am Grundschulstandort Belle für viel Hoffnung gesorgt und am Ende nur Ernüchterung und Enttäuschung hinterlassen hat. Nicht nur bei diesem Thema hätten wir uns einen Bürgermeister gewünscht, der sich klar positioniert, unbequeme Wahrheiten ausspricht, unvermeidliches vollzieht und mit tragfähigen Zukunftskonzepten wie einem Schulneubau verbindet.

Die Ansiedlung von Amazon oder das Verfahren zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für das Fachmarktzentrum haben in erschreckender Weise gezeigt, wie schnell Tonfall, Diskurse und Vertrauen ignoriert werden, wenn Einzelvertreter selektiv Themenhoheiten für sich in Anspruch nehmen und diese dann ohne Rücksicht auf Regularien und Gepflogenheiten des politischen Miteinanders in ein Gegeneinander treiben.

Zur Stunde müssen sich einige Ratsmitglieder auch vorwerfen lassen, dass Grundsatzfragen und -themen beinahe reflexartig verneint werden und dieses Nein auch nicht mit der Mühe verbunden wird gute Alternativen vorzuschlagen.

Wenn etwa die Diskussion um die Einführung eines Live-Streams unter Partizipationsgesichtspunkten damit abgetan wird, dass wir immer mitten in der Stadt tagen, da kann doch der 14-jährige Veldromer bitte auch vor Ort sein (siehe Berichterstattung Landes-Zeitung, KW3/22), dann muss sich jede zukünftige Positionierung zum Handlungsfeld Jugend und Beteiligung genau daran messen, wenn sie mehr sein soll als Phrasendrescherei á la ‚Die Jugendlichen unserer Stadt sind unserer Fraktion sehr wichtig‘.

Es gehört zum Wesen des Aufbruchs, dass wir in den letzten Jahren und zur Stunde viele Grundsatzentscheidungen diskutieren und beschließen. Hierbei fällt auf, dass sich beinahe immer viele Mandatsträgerinnen und -träger enthalten, oftmals dieselben. Im Falle persönlicher Betroffenheiten ist das eine Frage des guten Stils. Wer sich aber dauerhaft und strukturell enthält verweigert die Verantwortungsübernahme, die aber gerade die Aufgabe der gewählten Vertreterinnen und Vertreter ist. Ein Nein fühlt sich oftmals gut an, macht sich die Sache hier aber zu leicht.

Mit Bedauern und Befremden haben wir zur Kenntnis genommen, dass auch in diesem Haushaltsjahr nicht wenige Anträge zum Haushalt erneut als Stichwort ohne jede Begründung zur Nachvollziehbarkeit eingereicht wurden. Diese Haltung gegenüber der Stadt und dem Umgang mit Steuermitteln erschreckt uns. Wer hier heute Abend sitzt, hebt die Hände zur Veräußerung des Geldes der Bürgerinnen und Bürger. Da hier keine Fraktion bei der Wahl auch nur in die Nähe einer absoluten Stimmmehrheit gekommen ist, verbieten sich Haltungen im Stile absoluter Wahrheiten. Es ist für uns absolut unverständlich, wie erneut keine Motivation bestand, sich der Mühe zu unterwerfen Anträge zum Haushalt auszuformulieren, zu begründen und damit angreifbar zu machen und sie ihm Diskurs wachsen zu lassen.

Inhaltlich ist es aus unserer Sicht begrüßenswert, dass sich die Anträge der anderen Parteien zum großen Teil an der finanziellen Schieflage des Haushalts orientieren und mögliche

Einsparpotentiale aufzuzeigen oder mit einem geringen finanziellen Aufwand zu realisieren sind. Viele der Vorschläge der SPD-Fraktion lesen sich für uns allerdings vielmehr wie eine Vorschlagsliste, die ebenso gut von der Verwaltung hätte eingebracht werden können. Auch wenn wir sie nahezu mittragen können, spricht dieser Umstand ebenso wenig für Kreativität, wie die ausbleibenden Vorschläge der AfD, FDP und Linken. Wir verstehen es als ureigenste Aufgabe von kommunaler Politik trotz angespannter Haushaltslagen den Fokus für wichtige Projekte, wie beispielsweise die Problematik rund um die L828, zu bewahren und in Kenntnis der jeweiligen Gründe gleichzeitig strukturelle Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt herbeizuführen.

Zu den ganz großen positiven Entwicklungen in dieser Wahlperiode zählt, dass sich zunehmend deutlicher abzeichnet, dass es parteiübergreifend besonnene Köpfe gibt, die einen kritisch-konstruktiven Diskurs energisch einfordern, ermöglichen und so immer wieder ein klares Signal gegen Trägheiten, Selbstgefälligkeiten und vorgefertigte Meinungen setzen.

Vom Bürgermeister wünschen wir uns für den weiteren Verlauf dieser Wahlperiode eine Meinung und eine Richtung, wohin er die Arbeitsweisen des Rats sowie die Themen und Agenden und damit die Stadt steuern möchte und eine starke Stimme, mit der er dabei um Mehrheiten wirbt. Für diese Anstrengung stehen wir als Fraktion jederzeit unterstützend zur Seite!

Ich möchte nun einen kurzen Blick auf unsere Anträge richten, welche sich auch in diesem Jahr den Zielen der **Transparenz und dem Gedanken Verwaltung zum Servicedienstleister umzugestalten** widmen:

Mit der Durchführung einer Aufgabenkritik möchten wir eine andere Seite, der uns stetig umtreibenden Diskussion um die Aufstockung von Personal beleuchten. Die fraglos hohe Arbeitsbelastung innerhalb der Verwaltung ist aus unserer Sicht ebenso auf unzureichende Prozessabläufe, fehlende Digitalisierung und eine unsystematische Betrachtung der anstehenden Aufgaben zurückzuführen. Genau diese Betrachtungsweise unter der Überschrift „Effizienz“ sollte aus Sicht der CDU-Fraktion jetzt angestoßen werden und eine Verstetigung erfahren. Wir trauen es der Verwaltung zu, diese Aufgaben unter Anleitung des Bürgermeisters intern zu bewältigen, stehen der Hinzunahme eines externen Experten allerdings ebenso offen gegenüber.

Ein Windkraftmonitoring soll zukünftig zu einer proaktiven Herangehensweise an dieses heikle Thema führen. Uns geht es dabei in keiner Weise darum die Energiewende zu verhindern oder eine neue Flächennutzungsplanung anzustoßen, sondern vielmehr die bereits angekündigten Entwicklungen auf Bundesebene genauestens zu beobachten, das entsprechende Netzwerk aufzubauen und frühzeitig zu agieren, statt in aller Regelmäßigkeit nur auf Einzelanfragen zu reagieren. Dabei sollte vor allem ein Modell für Akzeptanzmaßnahmen erarbeitet werden, das den direkt Betroffenen zugutekommt. Auch der Gedanke, als Stadt selbst in diesem Feld tätig zu werden ist aus unserer Sicht eine denkbare Option, die es jetzt auszuloten gilt und zwar bevor es externe Investoren tun

Unser dritter Haushaltsantrag beinhaltet ein Ticketingsystem zur systematischen Bearbeitung von Anträgen, Anliegen und Anfragen. Die wesentlichen Vorteile für die Bürgerschaft liegen dabei auf der Hand: Zum einen können Themen digital und somit unbürokratisch und

einfach eingereicht werden, zum anderen werden Einreichende automatisiert über den aktuellen Stand des Anliegens informiert. Oftmals liegen die Anforderungen an Kommunikation hierbei allerdings weit auseinander, während es der Anspruch der Verwaltung ist, ein finales Resultat zu präsentieren, wünschen sich viele Bürgerinnen und Bürger auch Zwischenstände und einen Überblick über die laufenden Aktivitäten. Ein Aufgabenlogbuch im Ticketingsystem könnte Zwischenstände liefern und dem Mitarbeitenden der Verwaltung zugleich als Ablage dienen. Aber auch darüber hinaus gäbe es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung Vorteile in der täglichen Arbeit, so würden sich durch die Einführung beispielsweise Arbeitsabläufe vereinfachen, indem nicht nur die Eingangsbestätigung automatisiert würde, sondern auch die individuelle Rückmeldung kanalisiert und somit systematisiert werden. Wir halten es für sinnvoll zunächst eine Wunschvorstellung zu formulieren und diese mit einer im Markt bestehenden Lösung abzugleichen. Sofern eine Mehrheit des Rats die Notwendigkeit unterstützen sollte, halten wir es für ein Projekt, welches im Diskurs von Verwaltung und Politik im Jahr 2022 entwickelt werden sollte und dann 2023 in die Umsetzung geht – lassen wir es gemeinsam wachsen!

Wir gehen davon aus, dass sich alle Parteien diesen ebenso selbsterklärten Zielen aus dem September 2019 anschließen werden und der aufgezeichnete Weg im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam bestritten werden kann.

Entgegen der heutigen Berichterstattung in der LZ haben wir darüber hinaus natürlich auch potentielle Einspar- und keine Ausgabepotentiale benannt, die aus unserer Sicht bislang nicht hinreichend differenziert betrachtet wurden und daher mit einem Sperrvermerk vorbehaltlich der Diskussion im Fachausschuss versehen werden sollten. Zu nennen sind an dieser Stelle die Sanierung des Kurgastzentrums, die Erweiterung des Baubetriebshofs und der Umbau unseres schönen Rathaussaals.

Abschließend und man kann es nicht oft genug sagen: Alle Anträge verstehen sich als Impulse, die in der Diskussion wachsen können. Eine zu starke Verwässerung unserer Intentionen werden wir allerdings nicht mittragen.

Dem verwaltungsseitigen Haushaltsentwurf und allen Veränderungslisten stimmt unsere Fraktion zu und sieht auch das Gros der Anträge der Ratskolleginnen und -kollegen positiv, hofft aber auch hier auf eine den Diskurs suchende Haltung und verweist diesbezüglich auf die nachfolgende Diskussion.

Patrick Pauleikhoff

Dr. Alexander Martin

Fried Petringmeier

- und Fraktion -